

	Geschäftsführung Ausschuss für Verkehr Angelika Sauer
Es informiert Sie	
Telefon (0202)	563 66 28
Fax (0202)	563 80 50
E-Mail	Angelika.Sauer@stadt.wuppertal.de
Datum	05.09.05

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verkehr (SI/3534/05) am 01.09.2005

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Dirk Jaschinsky

von der CDU-Fraktion

Herr Christoph Brüssermann , Herr Karl-Heinz Huthwelker , Herr Dirk Newig , Herr Andreas Weigel
Frau Andrea Winterhager

von der SPD-Fraktion

Herr Volker Dittgen , Herr Guido Gehrenbeck , Herr Arif Izgi , Herr Peter Menke

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anja Liebert

von der FDP-Fraktion

Herr Ralf Otto Jacob

von der WfW-Fraktion

Herr Gerhard P. Hirsch

als sachkundige Einwohner/in

Herr Holger Dalkmann , Herr Ralf Engel , Herr Dr.Ing. Peter Hoffmann , Herr Gunter Kraft , Herr Lorenz Walther

von der Verwaltung

Herr Thomas Uebrick, Herr Reinhard Behr , Herr Johannes Blöser , Herr Rolf Bronold , Herr Michael Milde , Frau Hannelore Reichl , Herr Uwe Seidel , Herr Rainer Widmann

als Gäste

Herr Peter Brakelmann, Herr Wengler (IHK)

von der Presse

Herr Seitz (Rundschau), Herr Melneczuk (WZ), Herr Behr (WDR)

Schriftführerin

Angelika Sauer

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18.00 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der neue Ausschussvorsitzende Herr Stv. Jaschinsky die Anwesenden und erläutert seine Vorstellungen von der Ausschussleitung. Er werden den Stil seines Vorgängers beibehalten und wünsche ein gutes Verhältnis zur Verwaltung.

- - -

Er kündigt das Erscheinen seines Vorgängers Herrn Brakelmann an, der im Laufe der Sitzung verabschiedet würde.

- - -

Der Vorsitzende verweist auf die nachversandte Stellungnahme zu den verkehrspolitischen Anträgen der Ratsfraktionen (VO/0981/05) zu TOP 4.3 und den als Tischvorlage ausliegenden Antrag der FDP-Fraktion zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Umwelt (VO/1063/05) sowie die Synopse zu TOP 4.2 (Anlage zu VO/0798/05).

Der Ausschuss ist mit der Erweiterung der Tagesordnung einverstanden. Neuer TOP 0 = VO/1063/05.

- - -

I. Öffentlicher Teil

0 Gemeinsame Sitzung von Umwelt- und Verkehrsausschuss zur Feinstaubthematik Vorlage: VO/1063/05

Herr Stv. Jacob begründet den Antrag seiner Fraktion und weist darauf hin, dass es sich trotz des Titels Feinstaubthematik vor allem um die Beratung eines Verkehrskonzeptes handle.

Nach Auffassung der CDU-Fraktion liege eine umfassende gute Stellungnahme der Verwaltung vor, sodass man das Thema heute abhandeln könne. Eine Sondersitzung sei nicht effizient und vermutlich zeitlich nicht vor der nächsten Ratssitzung möglich.

Die SPD-Fraktion stimmt im Hinblick auf die Verwaltungsdrucksache zu, möchte sich aber dem Wunsch des Ausschusses für Umwelt nicht verschließen.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Der Ausschuss für Verkehr spricht sich für die Durchführung einer gemeinsamen Sondersitzung mit dem Ausschuss für Umwelt zum Thema Feinstaub aus.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

1 Verpflichtung von Mitgliedern

Entfällt, da keine der maßgebliche Personen anwesend ist.

2 Ausschilderung Zoo im Stadtgebiet Wuppertal - Zusatz "Universitätsstadt" Wuppertal CDU-Antrag vom 18. Juli 2005 Vorlage: VO/0917/05

Herr Widmann erläutert die bisherigen Aktivitäten der Verwaltung. Das für die Beschilderung zuständige Team sei aufgrund des CDU-Antrages zu einer Sondersitzung einberufen worden und man habe die entsprechende vorhandene Beschilderung aufgenommen und Fehler sofort korrigiert. An der Ausfahrt aus dem Kiesbergtunnel würde eine ergänzende Beschilderung errichtet, die bereits in Auftrag gegeben und vermutlich in 3-4 Wochen umgesetzt werde. Hinsichtlich

der gewünschten Beschilderung auf der A 46 sei ein Schreiben an den Landesbetrieb vorbereitet. Die entstehenden Kosten müsse wohl die Stadt tragen. Zur nächsten Ausschusssitzung werde eine Drucksache vorgelegt.

Herr Stv. Dittgen möchte im Hinblick auf die gewünschte Umbenennung in „Universitätsstadt“ vorab über die Kosten informiert werden. Herr Stv. Weigel geht davon aus, dass man lediglich neue Folien über die vorhandenen Schilder kleben müsse.

Herr Behr regt an, die Beratung dieses Punktes an den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Stadtmarketing und Denkmalpflege zur Vorberatung zu verweisen.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

1. Die Beschilderung im Stadtgebiet Wuppertal wird im Hinblick auf die Erreichbarkeit des Wuppertaler Zoos für ortsunkundige PKW-Fahrer zeitnah verbessert.
2. Insbesondere im Bereich Ausfahrt Kiesbergtunnel / Südstraßenring sind entsprechende Richtungszeichen anzubringen.
3. Die Verwaltung führt mit den für die Ausschilderung der Bundesautobahnen zuständigen Stellen Gespräche über die Umbenennung der Ausfahrt „Sonnborn“ in „Sonnborn / Zoo“ sowie über die Anbringung eines Hinweisschildes „Wuppertaler Zoo/ Ausfahrt Sonnborn“ nach dem Tourismushinweis Schwebbahn / Zoo.
4. Der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing wird um Vorberatung von TOP 4 des Beschlussvorschlages (Auf den Ortseingangs- und Ortsausgangsschildern wird der Zusatz "Universitätsstadt" aufgenommen) gebeten.
5. Die Verwaltung wird gebeten, die ermittelten Kosten für die vorgeschlagene Umbenennung mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

3 Einführung eines Handyparksystems - Antrag der FDP-Fraktion - Vorlage: VO/0872/05

Herr Stv. Jacob begründet den Antrag seiner Fraktion. Vorteile seine u.a. die minutengenaue Abrechnung, der Entfall von Bargeld, die Möglichkeit einer auslastungsabhängigen Staffelung der Gebühren und eine Übersicht über freie Flächen.

Nach Aussage von Herrn Behr habe sich die Verwaltung bereits mit dem Thema befasst. Über die von Herrn Stv. Jacob hinaus genannten Vorteile seien jedoch erhebliche Nachteile zu beachten: so gebe es in Deutschland keine flächendeckenden Anbieter. Die Verwaltung habe durch die minutengenaue Abrechnung vermutlich weniger Einnahmen, weiter müsse sie die technischen Voraussetzungen schaffen und die Kosten für den Provider tragen. Die Politessen müssten ebenfalls mit technischen Geräten zur Überwachung ausgestattet werden. Die Anwender hätten zur An- und Abmeldung 12 – 14stellige Zahlen einzugeben. Auch müssten die Parkscheinautomaten weiter betrieben werden, da man Handys nicht voraussetzen könne. Er empfehle, die derzeit in verschiedenen Städten laufenden Modellversuche abzuwarten. Herr Bronold weist darauf hin, dass in Wuppertal nur 1/3 aller Parkflächen

öffentlich seien.

Die CDU-Fraktion spricht sich gegen die Einführung eines Handyparksystems aus.

Herr Behr erklärt auf Nachfrage von Herrn Stv. Weigel, die Parkscheinautomaten seien aufgrund der Umstellung auf den € nicht mehr mit der Scheckkarte zu bedienen. Bei Neuanschaffungen werde man auf ein möglichst gutes Angebot achten.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit gegen die FDP.

**4.1 Feinstaub. Das Übel an der Wurzel packen!
10 Punkte für eine ökologische Verkehrswende in Wuppertal
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.05.2005
Vorlage: VO/0681/05**

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Beratung und Beschlussfassung werden auf die gemeinsame Sondersitzung mit dem Umweltausschuss vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

**4.2 Verkehrskonzept
Antrag der FDP-Fraktion vom 07.06.2005
Vorlage: VO/0798/05**

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Beratung und Beschlussfassung werden auf die gemeinsame Sondersitzung mit dem Umweltausschuss vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

**4.3 Stellungnahme der Verwaltung zu den verkehrspolitischen Anträgen der Ratsfraktionen
Vorlage: VO/0981/05**

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Beratung und Beschlussfassung werden auf die gemeinsame Sondersitzung mit dem Umweltausschuss vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

**4.4 Vom Feinstaub-Aktionsplan zur Luftreinhalteplanung
Vorlage: VO/0670/05**

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Beratung und Beschlussfassung werden auf die gemeinsame Sondersitzung mit dem Umweltausschuss vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

4.5 Feinstaubwerte
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der BV Oberbarmen -
Vorlage: VO/0703/05

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Beratung und Beschlussfassung werden auf die gemeinsame Sondersitzung mit dem Umweltausschuss vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

4.6 Aktionsplan Steinweg
Vorlage: VO/0911/05

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Beratung und Beschlussfassung werden auf die gemeinsame Sondersitzung mit dem Umweltausschuss vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

4.7 Einsatz von Russpartikelfiltern in Bussen
- Anfrage der WFW-Fraktion -
Vorlage: VO/0790/05

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Beratung und Beschlussfassung werden auf die gemeinsame Sondersitzung mit dem Umweltausschuss vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

5 Technische Sicherheit von Bussen
- Anfrage der WFW-Fraktion -
Vorlage: VO/0791/05

Frau Stv. Winterhager hat wegen Befangenheit nicht an der Beratung teilgenommen.

Herr Dr. Hofmann weist die in der Anfrage geäußerten Vorwürfe ausdrücklich in aller Schärfe zurück und erklärt detailliert die Sicherheitsvorschriften der WSW.

Die Ausführungen von Herrn Dr. Hoffmann werden entgegen genommen.

6 Bushaltestelle Morianstraße
mdl. Vorstellung des Prüfergebnisses der WSW

Herr Dr. Hoffmann trägt anhand eines Folienvortrages drei untersuchte Varianten für die Errichtung eines Wetterschutzes für die Bushaltestelle Morianstraße vor. Die Rahmenbedingungen für die Planungen seien schwierig: die Haltestelle werde täglich von mehr als 12.000 Fahrgästen genutzt. Zu beachten seien somit erhebliche Fußgängerströme, viele dort liegende Versorgungsleitungen, die Zugänglichkeit für Anwohner und Geschäftskunden müsse gewahrt werden, Rettungswege frei sein und die Anleiterung durch die Feuerwehr an die Häuser ermöglicht werden. Weiter sei eine gute Gestaltungsqualität gefordert. Die zur Umsetzung vorgeschlagene Variante 3 sei eine abgespeckte Version des Modells

am Wall, geplant seien 2 Unterstände in Höhe der Ein- und Ausstiegsbereiche. Bei Zustimmung des Ausschusses zu diesem Vorschlag werde die Kostenermittlung vor allem in Bezug auf die Untersuchung der Statik betrieben und das Ergebnis in die Zuschussanmeldungen beim Land einfließen. Dies werde ca. 1/2 Jahr dauern. Der Umbau sei keine Großbaustelle und bedeute keinen Konflikt zum Umbau des Döppersbergs.

Frau Stv. Liebert bittet, die An- und Abfahrt besser abzuwickeln, auch müsse der Bürgersteig in einen besseren Zustand versetzt werden.

Frau Reichl ergänzt, die angestrebte Lösung solle nicht den Kostenumfang der Bushaltestelle Wall erreichen, sondern im Rahmen bleiben und eine funktionale gestalterisch gute Qualität haben.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Die Stadtwerke werden gebeten, die Planungen gem. der vorgestellten Variante 3 weiterzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**7.1 Verkehrssituation auf Lichtscheid
Anfrage der CDU-Fraktion vom 20. Juli 2005
Vorlage: VO/0921/05**

Die Anfrage wird unter Hinweis auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung (VO/0921/05/1-A) entgegen genommen.

**7.2 Verkehrssituation auf Lichtscheid
Vorlage: VO/0921/05/1-A**

Herr Beig. Uebrick teilt mit, das vom Landesbetrieb Straßenbau beauftragte Ingenieurbüro habe angeboten, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Verkehr (zu der auch die Bezirksvertretungen Barmen und Ronsdorf eingeladen werden sollen) die Mikro-Simulation der Planungen (unter anderem eine Teilsignalisierung) im Ausschuss vorzustellen.

Nach Auffassung von Herrn Stv. Weigel sei nicht das Rangieren, sondern das Auffädeln mehrerer LKW ein Problem. Vielleicht sei die Einrichtung einer eingeschränkten Halteverbotszone während der Geschäftszeiten sinnvoll.

Herr Stv. Dittgen spricht die Problematik der Linksabbieger aus der Einfahrt an. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**8 Bauleitplanverfahren Nr. 1081-Mittelstandspark VohRang
Flächennutzungsplanänderung und Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VO/0894/05**

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

1. Der Geltungsbereich der Bauleitpläne wird begrenzt im Westen durch die Stadtgrenze nach Haan, im Norden durch die Bahnlinie, im Osten durch die Lange Brücke und im Süden durch die Vohwinkeler Straße wie in der Anlage 01 näher zeichnerisch dargestellt.
2. Die Aufstellung der Flächennutzungsplanänderung Nr. 1081 wird für den unter Beschlusspunkt 1 genannten Geltungsbereich gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1081 –Mittelstandspark

VohRang- wird für den unter Beschlusspunkt 1 genannten Geltungsbereich gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**9 Errichtung einer Werbeanlage im Bereich Bundesallee / Kasinostraße
Vorlage: VO/0644/05**

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Der Ausschuss für Verkehr beschließt die Errichtung der Werbeanlage unter Berücksichtigung des Anhörungsergebnisses der zuständigen Bezirksvertretung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**10 Einrichtung von 3 Taxenhalteplätzen in der Kaiserstraße vor Haus-Nr. 72 bis 74
Vorlage: VO/0939/05**

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

In der Kaiserstraße 72 bis 74 werden auf dem Parkstreifen 3 Taxenhalteplätze eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**11 Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit
- Geschwindigkeitsüberwachung in der Ronsdorfer Straße und der Neviandtstraße
Vorlage: VO/0976/05**

Herr Stv. Weigel zeigt sich erstaunt über die Vorlage. Er verdeutlicht die Auffassung seiner Fraktion, dass es sich bei Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit um Unfallvermeidung und nicht Einnahmeverbesserung für die Stadt handeln müsse. Die CDU-Fraktion gebe Radarwagen den Vorzug, sofern nicht wie auf der L 74, wo aufgrund der durch erhöhte Geschwindigkeit verursachten Unfallhäufung die erneute Stationierung von nunmehr 4 Starenkästen – wo im Verlauf der Straße noch mehrere Sinn machen würden, die die Stadt jedoch aus Kostengründen bisher nicht vorgeschlagen habe – beschlossen worden sei, da nach Aussage der Polizei hier eine mobile Messung zu gefährlich sei. Der in der Vergangenheit beschlossene Abbau der stationären Messanlagen (außer vor Schulen, Kindergärten und in Tempo-30-Zonen) sei mit der Auflage verbunden gewesen, an Unfallpunkten mobil zu messen und nach Ablauf eines Jahres den Verkehrsausschuss über die Erfahrungen zu informieren.

Er schlägt vor, an der Ronsdorfer Straße mit städtischen Eigenmitteln 2 ebene Plätze herzurichten, um Radarwagen postieren zu können. An der Neviandtstraße sei durch den weithin sichtbaren Starenkasten kein Sicherheitszuwachs gewährleistet. Zudem sei hier eine Unfallerschwerung, aber nicht Unfallhäufung festgestellt worden. Somit reiche hier eine verstärkte mobile Messung aus.

Herr Stv. Dittgen schlägt vor, den Empfehlungen der Unfallkommission zu folgen. An der Ronsdorfer Straße müsse etwas passieren. Ein Radarwagen, der weithin sichtbar sein, erziele den gleichen Effekt wie ein Dauerblitzer. An der Neviandtstraße sei das dort gelegene Altersheim zu beachten.

Frau Stv. Liebert schlägt die Errichtung von Starenkästen als die bessere, einfachere und schnellere Lösung vor.

Herrn Stv. Jacob ist jede Maßnahme recht, um die missliche Situation in den Griff zu bekommen.

Herr Kraft stellt fest, grundsätzlich werde durch mobile Messung ein Druck in der Fläche und durch stationäre Messung ein punktueller Druck (ca. 300 m vor und hinter der Messanlage) erzeugt. An der Ronsdorfer Straße sei ein Einmündungsbereich betroffen. Hier sei eine dauerhafte punktuelle Messung gut und ausreichend. Er rate zur Installierung des Starenkastens zusätzlich zu mobilen Messungen.

Die Herren Gehrenbeck und Weigel kritisieren, dass die Aussagen der Unfallkommission bereits im Vorfeld der Sitzung in die Öffentlichkeit gelangt sind. Herr Stv. Dittgen schlägt vor, die Beschlussfassung zu vertagen und zunächst um eine genaue Kostenaufstellung zu bitten.

Herr Stv. Weigel stellt seinen Antrag zur Abstimmung.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, in der Ronsdorfer Straße mit eigenen Mitteln (Betriebshof von 104) 2 Standplätze für die Durchführung mobiler Geschwindigkeitsmessungen herzurichten und nach Ablauf eines Jahres den Ausschuss über die Erfahrungen zu unterrichten.
2. Verwaltung und Polizei werden gebeten, in der Neviandtstraße verstärkt mobile Messungen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Grünen.

-
- 12 Anhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h auf 70 km/h außerhalb geschlossener Ortschaften, konkret: Düsseldorfer Straße, Bahnstraße, Vohwinkler Straße**
Vorlage: VO/0648/05

Die Ausschussmitglieder stimmen der Verwaltungsvorlage einvernehmlich zu.

-
- 13 Überarbeitung der Prüfaufträge der Bezirksvertretung Elberfeld zur Maßnahme Am Elisabethheim**
Vorlage: VO/0779/05

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegengenommen.

-
- 14 Verkehrssichere Spurführung Westkotter Straße/Märkische Straße**
Vorlage: VO/0705/05

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Der Änderung der stadtauswärts gerichteten Fahrspuren mit der bedarfsgerechten Aufteilung jeweils einer Spur in Richtung Märkische Straße und Westkotter Straße – Wichlinghauser Markt wird zur Reduzierung von Verkehrsunfällen zu Kosten von 9.000 EURO zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

-
- 15 Straßenmarkierungen der städtischen Straßen**
- Anfrage der WFW-Fraktion -
Vorlage: VO/0787/05

Nach einer ausführlichen Wortmeldung von Herrn Stv. Weigel sagt Herr Seidel zu, die Stellungnahme der Verwaltung dem Protokoll beizufügen.

Herr Hirsch ist hiermit einverstanden.

16 Künftiges Bedienungskonzept auf der DB-Strecke 458 / Regionalbahn RB 47 (Wuppertal Hbf - Remscheid - Solingen-Ohligs) in Verbindung mit der S 7 (Solingen-Ohligs - Düsseldorf)
Vorlage: VO/0841/05

Herr Menke leitet die Bitte des Behindertenbeirates, die Barrierefreiheit zu gewährleisten, aus aktuellem Anlass (das neue Justizgebäude) weiter. Herr Milde stellt fest, dies schreibe die Gesetzeslage ohnehin vor, ansonsten würden keine Fördermittel gezahlt.

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Bericht wird entgegen genommen.
2. Eine umsteigefreie Verbindung von der DB-Strecke 458 nach und von Düsseldorf würde die Qualität des Schienenpersonennahverkehrs- (SPNV) Angebots in der Region Bergisches Städtedreieck spürbar verbessern und den Kundeninteressen Rechnung tragen. Die Anlieger der DB-Strecke 458 bekräftigen deshalb wegen der verkehrlichen Bedeutung erneut ihren Wunsch nach einer Durchbindung der Verkehrsleistungen der RB 47 / S 7 in Solingen-Ohligs.
3. Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (ZV VRR) wird als verantwortlicher Aufgabenträger des SPNV aufgefordert, bei der künftigen Ausschreibung der SPNV-Leistungen der RB 47 (voraussichtlich 2007/2008) und der S 7 (2011/2013) – bzw. deren Vorbereitung - für ein behindertengerechtes Verkehrsangebot zu sorgen sowie - auf eine durchgehende S-Bahn-Verbindung im Zuge der RB 47 / S 7 ohne Umsteigen in Solingen-Ohligs hinzuwirken und die drei bergischen Großstädte rechtzeitig vor den Entscheidungen über die relevanten Ausschreibungspakete in den ZV VRR-Gremien in die Entscheidungsvorbereitungen einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

17 Regiobahnverlängerung von Mettmann-Stadtwald nach Wuppertal
Vorlage: VO/0716/05

Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 01.09.2005:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. In Abänderung des Ratsbeschlusses vom 15.12.1997 (Drs.-Nr. 3223/97) wird die neue Trassierung im Bereich Dornap-Hahnenfurth mit dem zusammengelegten neuen Haltepunkt Hahnenfurth-Düssel beschlossen. Die Reaktivierung des ehemaligen Haltepunktes Dornap-Hahnenfurth entfällt.
2. Die Stadt Wuppertal, im Einvernehmen mit der WSW AG, und der Kreis Mettmann bitten die Geschäftsführung der Regiobahn GmbH, die Beschlussfassung zur Regiobahnverlängerung von Mettmann-Stadtwald nach Wuppertal-Vohwinkel bzw. optional nach Wuppertal-Hauptbahnhof für die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat kurzfristig vorzubereiten.

3. Der Zweckverband VRR (ZV VRR) wird gebeten, gemeinsam mit der Regiobahn GmbH auf Grundlage des Beschlusses von Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat der Regiobahn GmbH vom 23.06.2005 kurzfristig einen realisierbaren Lösungsvorschlag hinsichtlich der Finanzierung der Betriebskosten und der Infrastruktur zu erarbeiten, der die Ausschreibung einer Dienstleistungskonzession für den Fahrbetrieb und die Bewirtschaftung der Eisenbahninfrastruktur für einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren in Verbindung mit einem Public Private Partnership (PPP) -Modell unter Einbeziehung der Verlängerung nach Wuppertal umfasst.
4. Das Ministerium für Bauen und Verkehr NRW und die Bezirksregierung Düsseldorf werden gebeten, das Planfeststellungsverfahren für die Regiobahnverlängerung und das damit zusammenhängende Änderungsverfahren des Gebietsentwicklungsplanes '99 positiv und zügig zu begleiten sowie die Finanzierung der Infrastrukturkosten (in Summe rd. 24,7 Mio €) im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**18 Ergebnisbericht zur Projektstudie Rheinisch Niederbergische Bahn (Circle Line)
Vorlage: VO/0896/05**

Entgegennahme ohne Beschluss.

19 Verschiedenes

entfällt

Stv. Jaschinsky
Vorsitzender

Angelika Sauer
Schriftführerin

Straßenmarkierung der städtischen Straßen

Anfrage der WfW (Drcks. VO/0787/05)

- Grundsätze:

Straßenmarkierungen sind Verkehrszeichen gem STVO

2 Markierungssysteme

- herkömmliche (Typ I) Gemisch aus Plastiken, Farben und Glasperlen
- „neue“ mit erhöhter Nachtsichtbarkeit bei Nässe (Typ II), ragen aus Wasserfilm heraus

Nachteil Typ I : Reflektion geht bei Nässe stark zurück, bei geschlossenem Wasserfilm gänzlich

Nachteil Typ II : verstärkte Geräuschbildung, stärkere Abnutzung bei Überfahung

- Frage 1: **Wie hoch sind die Mehrkosten, diese Markierungen statt im bisherigen Material (Typ I) zukünftig mit Typ II anzufertigen ?**

Die Mehrkosten betragen 10-15 %

- Frage 2: **Die unter Verwendung von reflektierenden Glasperlen hergestellten Straßenmarkierungen haben angeblich eine längere Nutzungsdauer, da die Abnutzung durch den Verkehr geringer ist. Liegen hierzu Informationen oder Erfahrungen vor, ob über einen längeren Zeitraum der bei der Herstellung höhere Kostenaufwand wieder erwirtschaftet werden kann?**

Die bisher in Wuppertal verwendeten Typ I-Markierungen enthalten bereits Glasperlen im Gemisch. Zudem wird nach auftragen der Markierung diese zusätzlich mit Glasperlen (100-150 g/qm) abgestreut. Typ II – Markierungen haben keine längere Nutzungsdauer, sie sind eher anfälliger bei Überrollung.

- Frage 3 : **Ist es möglich, die reflektierende Ausführung der Straßenmarkierungen an einigen, besonders kritischen Stellen (Beispiele: B 7 in Höhe Haspel, Höhe vor der Kreuzung Alter Markt, Hahnerberger Straße, neuer Verkehrsknotenpunkt Kleeblatt, vor besonders gefährdeten Mittelinseln) diese reflektierenden Materialien zur Probe einzusetzen, um bei diesen sicherlich schwierigen Verkehrsführungen Erfahrungen zu sammeln?**

Die Verwaltung testet die Typ II-Markierung aktuell in der Oberbergischen Straße. Hier wurde nach Abschluss des Fahrbahndeckenüberzuges (Herbst 2004) die durchgehende Mittelmarkierung als Typ II- Markierung in Agglomeratform gem. ZTV M 02 ausgeführt. Eine abschließende Aussage bzgl. der Wirkung kann noch nicht erfolgen.

Grundsätzlich könnten an einzelnen, ausgewählten Stellen in Abstimmung mit der Verkehrsbehörde weitere Testmarkierungen aufgebracht werden, allerdings müssen die Nachteile der Typ II- Markierung im Einzelfall bedacht werden. Anbieten würde sich ein Test z.B. zur Umrandung vor Sperrflächen an Querungshilfen.

Seidel